PUBLIC EYE MAGAZIN
Nr. 62 November 2026

SYNGENTA, BAYER, BASF

Die Spur des Gifts



Public Eye

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender*innen möglich.

Sie sind bereits Mitglied?
Herzlichen Dank!
Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken.
publiceye.ch/geschenkabo

Sie sind noch nicht Mitglied?
Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin.
publiceye.ch/mitglieder

Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen?
Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo.
publiceye.ch/schnuppern

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

REDAKTION & PRODUKTION
Tim Wirth (D) und
Karine Pfenniger (F)

—
LAYOUT & INFOGRAFIK
opak.cc

—
COVER
Marcelo Curia

—
DRUCK
Stämpfli Kommunikation, Bern
Rebello & PerlenValue, FSC

—
AUFLAGE
D: 27 100 Ex. / F: 10 000 Ex.

—
ISSN
2504-1266

—
KONTAKT
Public Eye
Dienerstrasse 12
Postfach, 8021 Zürich

—
Tel. +41 (0)44 2 777 999
kontakt@publiceye.ch
publiceye.ch

—
Das Public Eye Magazin erscheint 6-mal jährlich, davon einmal als Jahresbericht, in Deutsch und Französisch.

—
SPENDENKONTO
IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4



Gefährliche Pestizide: Das Schweizer Stimmvolk soll das letzte Wort haben

«Speisekammer der Welt» wird Brasilien genannt. Oder: «grüner Riese». Als weltweit grösster Exporteur von Soja, Kaffee, Zucker, Orangensaft und Baumwolle hat das Land einen rasanten Aufstieg erlebt und ist auf dem besten Weg, die USA als Agrarsupermacht abzulösen.

Doch zu welchem Preis? Mit der zunehmenden Verbreitung von Monokulturen hat sich der Verbrauch von Agrochemikalien in den letzten zwei Jahrzehnten versechsfacht. Brasilien ist so zum weltweit grössten Markt für Pestizide geworden – mit negativen Folgen. Die Behörden haben einen alarmierenden Anstieg von Vergiftungsfällen festgestellt.

Unsere Recherche gibt erstmals Einblick in die Rolle der europäischen Agrochemiegiganten. Die Analyse der offiziellen Daten des Gesundheitsministeriums zeigt, dass die von Syngenta, Bayer und BASF verkauften Produkte an mehr als 1600 Pestizidvergiftungen beteiligt sind, die vergangenes Jahr in Brasilien registriert wurden.

Ein Drittel dieser Vergiftungsfälle betrifft Pestizide, die in der Schweiz und in der EU aufgrund von Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt verboten sind. Trotzdem werden einige davon in Länder mit lascheren Gesetzen exportiert – und manche sogar noch immer in Europa produziert.

Im brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul haben uns Landwirtinnen und Landwirte von ihrem Leid berichtet. Doch sowohl in Bern als auch in Brüssel schaut die Politik lieber weg. Die Verschärfung der Rechtsvorschriften für den Export verbotener Pestizide ist ins Stocken geraten. Den Herstellern ist es gelungen, die Risiken im Zusammenhang mit dem Einsatz von Pestiziden aus ihren Sorgfaltspflichten in der europäischen Lieferkettenrichtlinie auszuschliessen. Das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten könnte den Export noch weiter fördern.

Die gute Nachricht? Mit dem Abkommen und der neuen Konzernverantwortungsinitiative sind diese Themen auf der politischen Agenda der Schweiz, und das Stimmvolk wird voraussichtlich in den nächsten zwei Jahren über beide abstimmen. Die Menschen scheinen nicht bereit zu sein, die Augen zu verschliessen. In Monthey im Kanton Wallis und in Basel hat sich die Wut sogar bis vor die Tore von Syngenta ausgebreitet. Und auch die Wiederwahl von Lula in Brasilien bietet einen Hoffnungsschimmer. Die Lobby der Agrochemiekonzerne hat noch nicht gewonnen.

Laurent Gaberell, Experte für Landwirtschaft und Ernährung

Globale Gerechtigkeit
beginnt bei uns.

Public Eye

04 **Exklusive Recherche zu Pestizidvergiftungen in Brasilien**
Produkte der europäischen Konzerne Syngenta, Bayer und BASF waren 2025 an mehr als 1600 Pestizidvergiftungen in Brasilien beteiligt. Das zeigt unsere Datenanalyse. Wir haben mit Landwirtinnen und Landwirten gesprochen, die unter den Folgen der Vergiftungen leiden.

14 **In der Schweiz nimmt der Widerstand gegen den Handel mit verbotenen Pestiziden zu**
Public Eye und andere Organisationen haben ein Referendum gegen das Mercosur-Abkommen lanciert, denn dieses könnte den Export von gefährlichen Pestiziden begünstigen. Im Wallis demonstrierten Mitte Oktober rund 300 Menschen gegen Syngenta.

18 **Die Geschäfte der Schweizer Textilmaschinenhersteller in Turkmenistan**
Rieter und andere Schweizer Konzerne liefern Hightech an eine Diktatur, die jedes Jahr die eigene Bevölkerung zwingt, tonnenweise Baumwolle zu pflücken.



23 **Ein deutliches Nein zum Kriegsmaterialgesetz**
Die eigentlichen Gewinner der Abstimmung am 29. November wären die Schweizer Waffenhersteller. Den Preis würden die Menschen zahlen, die Kriegen ausgesetzt sind. Unser Kommentar.

24 **Fünf Erfolge unserer Kampagne «Stopp Chiquita»**
Mehr als 28 000 Menschen haben mit uns die Arbeitsbedingungen auf den Bananenplantagen in Guatemala angeprangert, die Chiquita beliefern. Ein Blick auf die ersten konkreten Ergebnisse der Kampagne.

PESTIZIDE IN BRASILIEN:

Die düstere Bilanz europäischer Agrochemiekonzerne

Produkte von Syngenta, Bayer oder BASF waren vergangenes Jahr an mehr als 1600 Pestizidvergiftungen in Brasilien beteiligt. Das zeigt eine exklusive Recherche von Public Eye und Unearthed. Viele der betroffenen Pestizide sind in Europa verboten. Im Süden Brasiliens, wo sie trotzdem verkauft werden, schlagen die Behörden Alarm. Wir haben Menschen getroffen, die gesundheitliche Schäden erlitten haben – und eine Familie, die einen Vater verloren hat.

LAURENT GABERELL, GÉRALDINE VIRET, NAIRA HOFMEISTER
FOTOS: **MARCELO CURIA**

Dieser Artikel enthält explizite und teilweise drastische Beschreibungen schwerer körperlicher Verletzungen.



01 Die Familie Castoldi trauert

Ivan André Castoldi muss immer wieder an den 11. Oktober 2025 zurückdenken. Damals bekam er um 9 Uhr morgens einen Anruf von seinem völlig aufgelösten Bruder: «Komm sofort her», sagte dieser. «Papa hat Gift getrunken!»

Ein Jahr später sitzt Ivan Castoldi in der Kirche der Kleinstadt Guaporé im Bundesstaat Rio Grande do Sul und kann es immer noch nicht fassen, dass sein Vater nicht mehr da ist. Mit seiner Familie nimmt er an einem Gottesdienst für all jene teil, die dankbar sind, Nelson gekannt und geliebt zu haben.

Nelson, der Älteste der Familie Castoldi, war 80 Jahre alt und bei bester Gesundheit. Er starb am Herbizid Reglone, das er versehentlich eingenommen hatte. Das Produkt auf der Basis des Wirkstoffs Diquat wird vom Basler Konzern Syngenta vertrieben. Es gehört zur gleichen chemischen Familie wie Paraquat und zählt zu den giftigsten Pestiziden der Welt. Nelson Castoldi nutzte es gelegentlich, um seine Felder von Unkraut zu befreien und danach Soja auszusäen.

Reglone wird in 20-Liter-Kanistern verkauft. Ivan Castoldi sagt: «Damit wir nicht den ganzen Kanister aufs Feld transportieren müssen, hatten wir eine kleine Menge in eine Coca-Cola-Flasche umgefüllt und sie zu den übrigen Arbeitsgeräten gelegt.» Reglone ist eine braune, geruchlose Flüssigkeit. Das Unglück geschah in wenigen Sekunden. In der drückenden Hitze des Oktobers passierte Nelson Castoldi der fatale Fehler: «Er nahm einen Schluck, weil er dachte, es sei Cola», sagt Ivan Castoldi. «Sobald er den Geschmack spürte, spuckte er die Flüssigkeit auf den Boden.» Seine Söhne brachten ihn sofort ins Spital.

Zwei Tage später starb Nelson Castoldi. Der Gerichtsmediziner kam zum Schluss, dass der Tod auf eine Pestizidvergiftung zurückzuführen sei. «Zuerst zerstörte das Gift seine Nieren», sagt Cristiane Redante, Ivans Schwiegertochter. Da diese nicht mehr funktionierten, sei Nelson zur Dialyse gebracht worden. Später erreichte das Gift die Lunge, die in der Folge abstarb. «Die Ärzte haben alles getan, um ihn zu retten», sagt Ivan Castoldi. Vergeblich.

Das Produkt, das Nelson Castoldi vergiftete, gehört zu den vielen Pestiziden, die in der Schweiz und in der Europäischen Union verboten sind und die Syngenta trotzdem weiterhin vertreibt: in Länder mit lascher Regulierung und tieferen Einkommen. Die Nutzung von Diquat hat sich in Brasilien versiebenfacht, nachdem der verwandte Wirkstoff Paraquat 2020 verboten wurde. Fast 10 000 Tonnen wurden im Jahr 2024 eingesetzt. Besonders stark war die Zunahme in Rio Grande do Sul, jenem Bundesstaat, in dem die Familie Castoldi lebt.

In den vergangenen Jahren ist gemäss den Behörden ein alarmierender Anstieg der Vergiftungsfälle zu beobachten. Bruna Telles Scola vom Toxikologischen Informationszentrum von Rio Grande do Sul sagt, dass 2025 17 Menschen behandelt worden seien, die durch Diquat vergiftet wurden. «In den ersten sechs Monaten dieses Jahres haben wir bereits 15 Fälle registriert.»

Das beliebte Reglone ist das Diquat-haltige Produkt, das in dieser Region am häufigsten in Vergiftungsfällen involviert ist. Ivan Castoldi ist empört über die Geschäftspraxis der europäischen Agrochemiekonzerne. «Wenn Reglone in anderen Ländern verboten ist, sollte es auch in Brasilien vom Markt verbannt werden», sagt er. «Dieses Gift ist viel zu gefährlich.»

02 Die Datenbank und unsere Recherche

Die Geschichte von Nelson Castoldi ist kein Einzelfall. Jedes Jahr erleiden in Brasilien, wo so viele Pestizide wie in keinem anderen Land versprüht werden, tausende Menschen Vergiftungen. Die Tendenz ist steigend, weil immer mehr Monokulturen angebaut werden, für welche die Landwirt*innen Agrochemikalien benötigen.

Welche Rolle spielen dabei die europäischen Agrochemiekonzerne? Public Eye und Unearthed, die Rechercheabteilung von Greenpeace in Grossbritannien, haben in monatelanger Arbeit offizielle Daten des brasi-



Ivan Castoldi trauert um seinen Vater Nelson, der vor einem Jahr durch eine Pestizidvergiftung ums Leben kam.



Landwirte in Brasilien verwenden oft Pestizide von europäischen Firmen. Immer wieder kommt es zu Vergiftungen.

lianischen Gesundheitsministeriums ausgewertet. Diese geben einen Überblick über die Pestizidvergiftungen. Seit Beginn der Erfassung im Jahr 2007 hat sich die Zahl der jährlich registrierten Vergiftungen in der Landwirtschaft in Brasilien fast verdreifacht. Im vergangenen Jahr lag sie bei über 6700. Mit mehr als 560 Fällen im Jahr 2025 gehört der Bundesstaat Rio Grande do Sul zu den am stärksten betroffenen Gebieten.

Die offiziellen Daten zeigen jedoch nur einen Teil des Problems, denn die meisten Vergiftungsfälle werden aus Angst vor negativen Folgen gar nicht gemeldet. Schätzungen zufolge könnte die Zahl der Opfer somit bis zu 50-mal höher liegen. Dennoch stellen die vorhandenen Daten die beste verfügbare Informationsquelle dar.

Die Analyse von Public Eye und Unearthed zeigt: Bei den Vergiftungen in der Landwirtschaft, bei denen der Name des Produkts bekannt ist, sind in mehr als der Hälfte der Fälle Pestizide von Syngenta, Bayer und BASF beteiligt. 1600 Menschen haben demnach durch die Pestizide der drei europäischen Agrochemiekonzerne Vergiftungen erlitten. Und die realen Zahlen liegen noch weitaus höher: Denn der Name des Produkts liegt nur in 42 % der vom Gesundheitsministerium erfassten Fälle vor.

Der deutsche Konzern Bayer führt die Rangliste mit 1078 Vergiftungsfällen an, was mehr als einem Drittel aller Fälle entspricht. Syngenta liegt mit 426 an zweiter Stelle, und die deutsche BASF belegt mit 179 Fällen hinter dem US-amerikanischen Unternehmen Corteva mit 394 Fällen den vierten Platz. Die grosse Mehrheit der Fälle betrifft Landwirt*innen, die beim Besprühen der Kulturen Pestiziden ausgesetzt sind. Fast ein Viertel der Betroffenen musste ins Spital eingeliefert werden (siehe Infografiken auf den Seiten 10 und 11).

32 Personen starben an den Vergiftungen. Einige Opfer kamen unter ähnlichen Umständen wie Nelson Castoldi ums Leben, der versehentlich einen Schluck Pestizid getrunken hatte. Bei den meisten Todesfällen wurde das Gift hingegen absichtlich eingenommen.

In den Daten erscheinen auch 47 Kinder unter sechs Jahren, die Vergiftungen mit Produkten von Syngenta, Bayer oder BASF erlitten haben. Sie nahmen die Pestizide meist versehentlich ein, denn häufig werden die Chemikalien in der Wohnung aufbewahrt.

03 Die Reaktion der Agrochemiekonzerne

Auf Anfrage von Public Eye schreibt Bayer, man könne sich nicht zu diesen Zahlen äussern, solange keine detaillierteren Informationen vorlägen. Der Konzern versichert jedoch, dass seine Pestizide sicher seien. «Unsere Produkte sind unbedenklich, wenn sie gemäss den Anweisungen auf dem Etikett verwendet werden», schreibt ein Mediensprecher.

BASF schreibt, dass das Unternehmen «zutiefst besorgt» über die Informationen sei, und versichert, alle Meldungen über Vorfälle, die ihre Produkte betreffen könnten, «sehr ernst» zu nehmen. «Wir sind uns bewusst, dass wir eine wichtige Rolle dabei spielen, die



Vacaria im Süden Brasiliens gilt als Apfel-Hauptstadt des Landes.

sichere Anwendung unserer Produkte zu gewährleisten», schreibt ein Mediensprecher. «Deshalb investieren wir in ein breites Spektrum von Massnahmen für einen verantwortungsvollen Umgang.» BASF betont zudem, dass Fälle von absichtlicher Einnahme «eine vorsätzliche Zweckentfremdung von Produkten darstellen, die ausschliesslich für den landwirtschaftlichen Einsatz entwickelt, zugelassen und bestimmt sind».

Syngenta schreibt, dass die Sicherheit der Produkte sehr ernst genommen werde. «Jeder nachgewiesene Vergiftungsfall zählt, und jede betroffene Familie verdient unsere Aufmerksamkeit.» Es sei deshalb besorgniserregend, dass Public Eye die Tatsache ausser Acht gelassen habe, dass fast die Hälfte der Fälle, die diese Recherche Syngenta als Vergiftungen zuschreibt, in den zugrunde liegenden Daten nicht als bestätigte Vergiftungen klassifiziert sind. «Zusammen mit anderen Unstimmigkeiten, die wir in der Analyse festgestellt haben, wirft dies ernsthafte Bedenken hinsichtlich einer selektiven Interpretation der Beweise auf, die darauf abzielt, eine vorgefasste Schlussfolgerung zu untermauern», schreibt Syngenta.

Alle Fälle, auf denen die Recherche von Public Eye basiert, sind jedoch offiziell als Pestizidvergiftungen erfasst. Laut dem brasilianischen Gesundheitsministerium bedeutet die Angabe «bestätigte Vergiftung», dass klinische Befunde oder Laboruntersuchungen vorliegen, welche die Diagnose untermauern. Das bedeutet jedoch nicht, dass die übrigen Fälle aus der Datenanalyse ausgeschlossen werden müssen. Vanda Garibotti vom Zentrum für Gesundheitsüberwachung in Rio Grande do Sul sagt, dass nur selten Laboruntersuchungen durchgeführt werden. Die Bestätigung von Vergiftungen stütze sich hauptsächlich auf klinische Kriterien. Fälle als «bestätigte Vergiftung» zu klassifizieren, benötige sehr spezifisches Fachwissen. Das medizinische Personal habe oft eine unzureichende Ausbildung und getraue sich deshalb nicht, diese Klassifizierung vorzunehmen.

Mit Abstand am häufigsten an Vergiftungsfällen beteiligt ist das Herbizid Roundup von Bayer. Das umstrittene Produkt auf der Basis von Glyphosat ist in der Schweiz und in der EU nach wie vor zugelassen, wenn auch mit Nutzungseinschränkungen. Generell werden in der brasilianischen Landwirtschaft massenhaft gefährliche Pestizide eingesetzt: Von den zehn am häufigsten genutzten Wirkstoffen sind sechs in Europa verboten. Die Recherche von Public Eye und Unearthed zeigt, dass fast in jedem dritten Fall von Vergiftungen durch europäische Konzerne Pestizide beteiligt sind, für die in Europa ein Verbot gilt.

Der Basler Konzern Syngenta ist Spitzenreiter in dieser Kategorie. Fast zwei Drittel der Vergiftungsfälle in Brasilien, an denen Syngenta-Produkte beteiligt sind, betreffen hierzulande verbotene Pestizide. Von den fünf am häufigsten erfassten Produkten von Syngenta sind vier in der Schweiz und in der EU aufgrund ihrer Gefährlichkeit verboten. An der Spitze der Liste steht Reglone, das laut dem brasilianischen Gesundheitsministerium für den Tod von Nelson Castoldi sowie für mindestens 43 weitere Vergiftungsfälle im Jahr 2025 verantwortlich ist.

Der Bezug zu Europa besteht nicht nur darin, dass die Unternehmen ihren Hauptsitz in europäischen Ländern haben. Viele der betreffenden Produkte werden auch von Europa aus exportiert. So wird Reglone weiterhin von Syngenta in Huddersfield im Norden Englands hergestellt, obwohl das Pestizid dort verboten ist.

Wegen der lückenhaften Schweizer Gesetzgebung ist nicht nachweisbar, ob verbotene Pestizide aus der Schweiz exportiert werden. Offizielle Dokumente von Syngenta nennen indes den Standort Monthey im Kanton Wallis als einen der Produktionsorte für sieben verbotene Pestizide, die mit Vergiftungsfällen in Brasilien im Zusammenhang stehen.

Die Daten zeigen, dass die EU hier eine zentrale Rolle spielt. Insgesamt betreffen mehr als 300 erfasste Fälle verbotene Pestizide, die von Syngenta, Bayer und BASF im eigenen Land hergestellt und anschliessend nach Brasilien exportiert wurden. Involviert sind rund 30 Produkte. Dazu gehört auch Dormex, das von BASF vermarktet wird.

Im Bundesstaat Rio Grande do Sul ist Dormex sehr beliebt. Und es richtet bei Landwirt*innen enormen Schaden an, wie unsere Gespräche mit Betroffenen zeigen.

04 Angst in der Apfelstadt Vacaria

In Vacaria symbolisiert die Statue eines riesigen Apfels die Bedeutung des Apfelanbaus für die Region. Die Branche sichert den Lebensunterhalt vieler Familien und beschäftigt zudem während der Erntezeit tausende von Saisonarbeitenden.

Vanderleia da Silva Monteiro, 36, war eine der wenigen Frauen, die in den Obstgärten von Vacaria Traktor fuhren. Ihre Aufgabe war es, Pestizide zu versprühen. Sie mochte ihre Arbeit, bis im Jahr 2021 die Kabine ihres Traktors, die sie schützt, aufgrund eines technischen Problems entfernt wurde. «Danach schwoll mein Gesicht bei der Arbeit auf den Feldern an, und überall dort, wo das Pestizid mit meiner Haut in Kontakt kam, bildeten sich kleine Beulen: an den Beinen, an den Armen und am Hals», sagt sie. «Ich ging ins Spital und bekam eine Infusion.»

An jenem Tag hatte Vanderleia da Silva Monteiro das Produkt Dormex versprüht, einen von BASF vertriebenen Wachstumsregulator. Sein Wirkstoff, Cyanamid, ist in der Landwirtschaft in der Schweiz und in der EU verboten. Dies aufgrund seiner akuten Toxizität und der zu hohen Risiken für Landwirt*innen, selbst mit vollständiger Schutzausrüstung. Ausserdem steht Cyanamid im Verdacht, krebserregend und schädlich für die Fortpflanzung zu sein.

Dormex wird in Trostberg in Bayern hergestellt. Obwohl die Anwendung in der Schweiz und in der EU verboten ist, wird das Produkt weiterhin in Länder mit weniger strengen Regulierungen verkauft. Jedes Jahr exportiert BASF hunderte Tonnen nach Brasilien, wo das Produkt im Obst- und Weinanbau eingesetzt wird, um die Winterruhe der Pflanzen zu brechen. Eine neue Traktorkabine baute der Arbeitgeber von Vanderleia da Silva Monteiro nie ein. Sie arbeitete daher weiterhin «unter freiem Himmel». Wenn sie Dormex versprühen sollte, wusste sie, was sie an diesen Tagen erwartete.

Die Schutzausrüstung sei ungeeignet gewesen. «Das Visier beschlug, und dann habe ich nicht mehr gut genug gesehen, um zu fahren», sagt Vanderleia da Silva Monteiro. Deshalb habe sie nur eine Schutzbrille getragen. Und selbst mit vollständiger Schutzkleidung gelangte die Substanz am Ende des Tages bis auf die Haut. Pro Jahr habe sie nur zwei Anzüge erhalten. «Durch den Verschleiss waren sie bald nicht mehr dicht.»

Vanderleia da Silva Monteiro führt durch einen Produktionsstandort des Unternehmens, bei dem sie von 2021 bis 2024 beschäftigt war: von den Obstgärten bis zur Fabrik, wo die Äpfel sortiert und für den Vertrieb vorbereitet werden. In einer Halle macht sie ein Selfie vor den Traktoren. «Manchmal träume ich davon, wieder zu fahren», sagt sie. «Aber nicht im Moment, denn das Spritzen macht mich krank.»

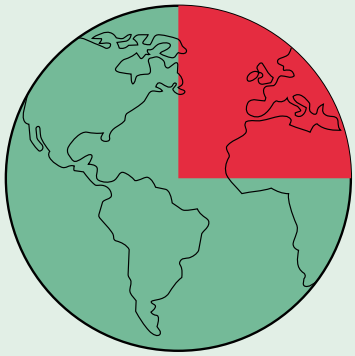
Vanderleia da Silva Monteiro ist mittlerweile Vizepräsidentin der Gewerkschaft der Landarbeiter*innen von Vacaria und Muitos Capões, einer Nachbargemeinde, und kämpft für mehr Rechte. Auch ihr Ehemann ist Traktorfahrer. «Wenn er nach Hause kommt, rieche ich den Geruch von Dormex, und mir wird schlecht», sagt sie. Das Paar hat einen 16-jährigen Sohn. Vor einigen Jahren wünschte sich ihr Mann noch ein Kind, doch sie wollte nicht: «Ich hatte grosse Angst, schwanger zu werden, während ich in den Obstgärten arbeitete.» Sie möchte deshalb keine weiteren Kinder mehr, sagt sie. «Weil ich Angst habe.» →

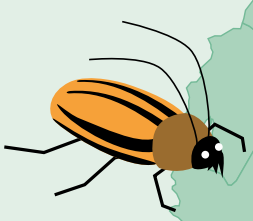


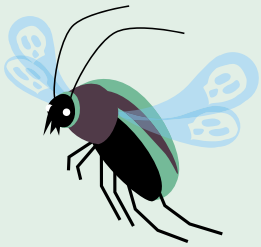
Auf der Haut von Vanderleia da Silva Monteiro bildeten sich kleine Beulen. Sie musste ins Spital gehen.

PESTIZIDE IN BRASILIEN

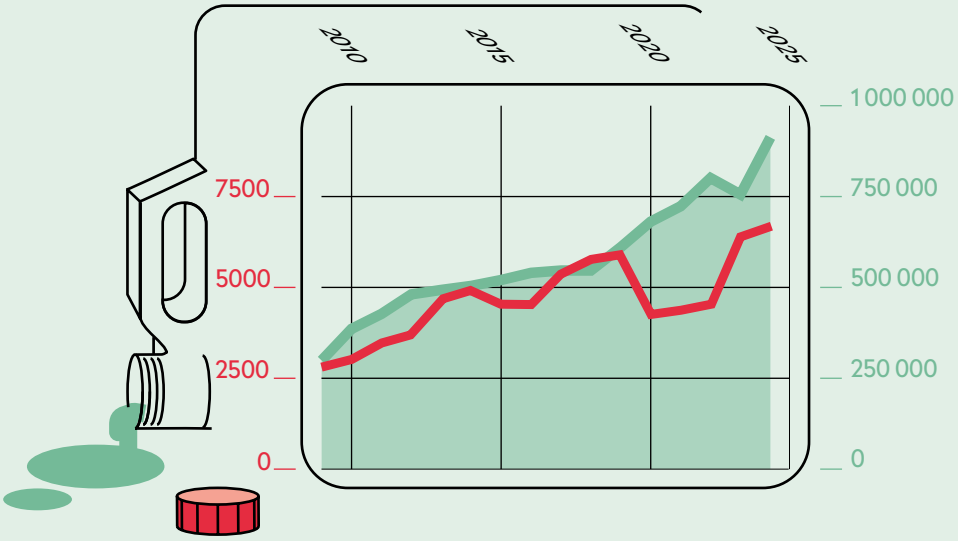
25 % der weltweit produzierten Pestizide werden in Brasilien verwendet. Kein anderes Land setzt mehr Pestizide ein.







Immer mehr Pestizide, immer mehr Vergiftungsfälle



Jährliche Menge der eingesetzten Pestizide (in Tonnen Wirkstoff)
Erfasste Fälle von Pestizidvergiftungen in der Landwirtschaft pro Jahr

Quellen: Daten des brasilianischen Umweltministeriums (IBAMA), der Food and Agriculture Organization (FAO), von Eurostat und vom brasilianischen Gesundheitsministerium (SINAN). Die Daten des SINAN weisen 2025 11 559 akute Pestizidvergiftungen aus. Unsere Analyse hat 6762 Fälle identifiziert, die mit landwirtschaftlichen Pestiziden in Zusammenhang stehen. Bei 2857 (42 %) dieser Fälle ist der Name des betreffenden Produkts angegeben.



VERGIFTUNGEN DURCH PESTIZIDE EUROPÄISCHER KONZERNE

1606
Vergiftungsfälle im Jahr 2025 betrafen ein Produkt von **Syngenta, Bayer** oder **BASF.**

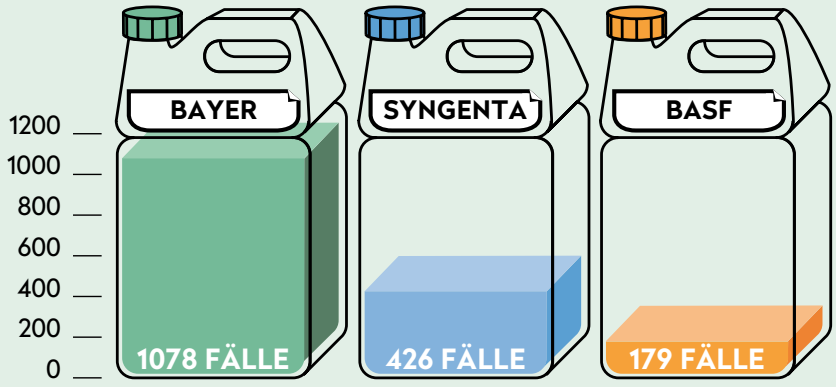
398
von 1606 vergifteten Personen mussten in einem Krankenhaus behandelt werden.

109
Betroffene waren zum Zeitpunkt der Vergiftung minderjährig.

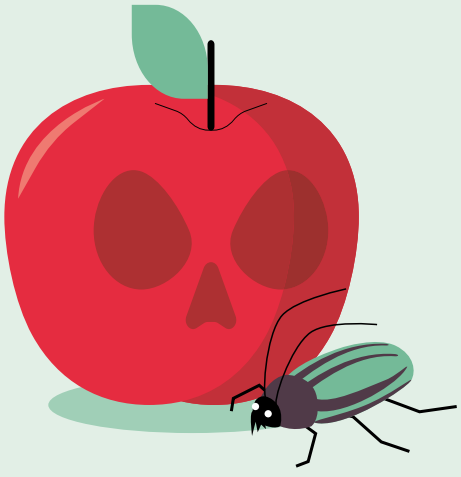
32
Menschen starben an den Folgen der Vergiftung.

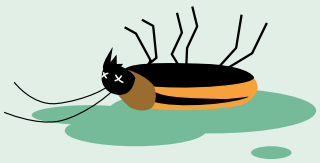
64 %
der Vergiftungsfälle mit Pestiziden von **Syngenta** betrafen in der EU verbotene Wirkstoffe.

Die tatsächlichen Zahlen liegen weit höher. Denn die meisten Vergiftungsfälle bleiben ungemeldet. Und nur bei 42 % der dokumentierten Vergiftungen liess sich das beteiligte Produkt ermitteln.



In manchen Fällen waren Produkte mehrerer Marken an derselben Vergiftung beteiligt.





Auch andere machen sich Sorgen um die Auswirkungen von Pestiziden auf Kinder. Aline Soares Salvador, städtische Gesundheitsbeauftragte in Vacaria, sagt: «Wir können zwar nicht beweisen, dass Pestizide die Ursache sind.» Aber eine erschreckend hohe Anzahl Kinder musste in der Zeit, in der auf den Feldern Pestizide versprüht wurden, mit allergischen Reaktionen in Spitälern oder Gesundheitszentren behandelt werden. «Sie hatten Pickel und Rötungen am ganzen Körper», sagt Aline Soares Salvador. Es brauche eine stärkere Überwachung der Pestizidhersteller und strengere Sanktionen bei Vergiftungsfällen. Mit Sorge beobachte sie auch die Zunahme von Krebsfällen in der Region.

05 Sidnei Souza de Oliveira und seine Wunde

In Vacaria arbeitet auch Sidnei Souza de Oliveira als Traktorfahrer. Schon als Teenager war er in den Apfelplantagen tätig. Am 29. August 2025 verschüttete der 49-Jährige versehentlich Dormex auf sein rechtes Bein, als er das Sprühgerät des Traktors befüllte. Die Haut am Bein färbte sich rot, doch das beunruhigte ihn zuerst nicht weiter. Am nächsten Morgen habe seine Frau schockiert gesagt: «Mein Gott, schau dir dein Bein an!» Es sei mit kleinen Beulen und Blasen übersät gewesen. «Trotzdem zog ich mich an, stieg auf meinen Traktor und spritzte weiter», sagt Sidnei Souza de Oliveira.



Sidnei Souza de Oliveira erlitt bei der Arbeit mit dem Pestizid Dormex von BASF eine schwere Verbrennung am Bein.

Ein paar Tage später ging er doch noch ins Spital, um das Bein einem Arzt zu zeigen. Dieser erklärte ihm, dass die Chemikalie bereits in seinen Körper eingedrungen sei. Er gab ihm Medikamente und schrieb ihn für 14 Tage krank. Doch sein Zustand verschlechterte sich. «Zwei Wochen später war mein Bein schwarz geworden, eine grünliche Flüssigkeit lief aus, und Gewebeteile lösten sich ab.» Er habe gedacht, es liege an der Reibung der Hose, sagt Sidnei Souza de Oliveira. Doch der Arzt habe ihm gesagt, dass es sich um eine schwere Verbrennung handle. «Die Wunde war etwa so gross wie zwei Handflächen», sagt er.

Der Arzt entfernte daraufhin das am stärksten betroffene Körpergewebe, um zu stoppen, dass die Infektion den Knochen angreift. «Ich bin fast gestorben vor Schmerzen», sagt Sidnei Souza de Oliveira. Eine Betäubung sei nicht möglich gewesen. «Mein Bein stank furchtbar, als wäre es verfault.»

Wie Vanderleia da Silva Monteiro spricht auch Sidnei Souza de Oliveira die unzureichende Schutzausrüstung an. Als er sich verletzte, trug er die vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellte Hose. Der untere Teil, rund um das Schienbein, bestehe aus Kunststoff und wehre das Mittel ab, sagt er. Der obere Teil sei jedoch aus Stoff, einer Art Leinengewebe, die Flüssigkeiten durchlässt. Da er keine geeigneten Schuhe hatte, arbeitete er mit Gummistiefeln und umgeschlagener Hose. «Ich war jeweils völlig durchnässt», sagt er.

Das Haus der Familie Souza de Oliveira liegt nur ein paar Dutzend Meter von den Plantagen entfernt. Sobald draussen Pestizide versprüht wurden, hätten sie alle Türen und Fenster schliessen müssen. Die Mutter und der kleine Sohn mussten im Haus ausharren. Einige Monate nach seinem Unfall verlor Sidnei Souza de Oliveira seine Stelle, offiziell aus wirtschaftlichen Gründen. Sein Bein ist heute vollständig genesen, doch er hat eine bleibende Narbe davongetragen.

06 Was Gewerkschafter Sergio Poletto fordert

Etwa 30 Kilometer entfernt, in Monte Alegre dos Campos, besitzt Sergio Poletto rund 100 Hektaren Land, auf denen er Trauben und Pfirsiche anbaut. Poletto ist Präsident der örtlichen Gewerkschaft der Landwirt*innen. Er benutze ebenfalls Pestizide, sagt Poletto, aber er versuche, so vorsichtig wie möglich zu sein und den Einsatz der Chemikalien auf ein Minimum zu beschränken. «Wir kaufen die am wenigsten giftigen Produkte, die es gibt», sagt er.



Gewerkschafter und Landwirt Sergio Poletto (rechts) kämpft dafür, dass die europäischen Konzerne ihre Sorgfaltspflicht wahrnehmen.

Im Regionalverband ist der Gewerkschafter für Gesundheit und Sicherheit zuständig. Die «alarmierende» Zahl von Vergiftungsfällen in der Region beschäftigt ihn. Kürzlich habe er eine typische Szene beobachtet, sagt er. Ein Vorgesetzter habe einen Arbeiter beaufsichtigt, der das Pestizid Roundup versprühte. Er selbst trug eine vollständige Schutzausrüstung, während der Arbeiter ohne Maske und Handschuhe mit einem Rückensprühgerät arbeitete und völlig durchnässt war.

In den kleinen brasilianischen Betrieben tragen viele Landwirt*innen und Landarbeitende die persönliche Schutzausrüstung nicht oder nur Teile davon, sagt Poletto. «Die Ausrüstung ist nicht an die Hitze hier angepasst, und sie ist sehr unbequem», sagt er. Ausserdem garantierte sie keinen 100-prozentigen Schutz.

Die Landwirtschaft in der Region habe sich stark gewandelt, sagt Poletto weiter: Bevor Roundup eingeführt wurde, habe noch niemand Pestizide verwendet, sagt er. Doch über die letzten 20 Jahre sei der Verbrauch stark gestiegen. Am schlimmsten sei es bei den Äpfeln: Vom Beginn des Knospens und der Blüte im September bis zur Ernte im Dezember würden die Kulturen behandelt. «Über 50-mal.»

«Die Pestizidhersteller betreiben intensive Lobbyarbeit», sagt Sergio Poletto. Für den Schutz der Arbeitnehmenden gäben sie nicht annähernd so viel Geld aus. «Ganz im Gegenteil.» Was zähle, sei der Profit und nicht die Gesundheit der Menschen. Poletto sagt, dass die Agrochemiekonzerne ihrer Verantwortung nicht nachkommen: «Es muss dafür gesorgt werden, dass die Unternehmen ihre Sorgfaltspflicht wahrnehmen», sagt er. Es sei nicht akzeptabel, dass Brasilien als Müllhalde für all diese gefährlichen Pestizide diene. ▪

Hinter der Recherche

Alles begann mit einer Datenbank des brasilianischen Gesundheitsministeriums, in der Fälle von Pestizidvergiftungen erfasst sind. Um diese zu analysieren, haben wir uns für eine Zusammenarbeit entschieden. Mehrere Monate lang haben wir die Datei mit tausenden von Einträgen gemeinsam mit Unearthed, der Rechercheabteilung von Greenpeace Grossbritannien, aufbereitet und analysiert. Vor Ort haben wir mit einer brasilianischen Journalistin kooperiert, die sich bestens mit den lokalen Gegebenheiten auskennt. In Begleitung eines Fotografen bereiste sie Rio Grande do Sul und sprach mit Betroffenen. Innerhalb von Public Eye haben wir den Bericht gemeinsam verfasst: bei zahlreichen Tassen Kaffee (für die eine) und Rucolasalaten (für den anderen).


© Marcelo Curia

Mit dem Mercosur-Abkommen könnten Syngenta und Co. hochgiftige und gefährliche Pestizide fortan zollfrei exportieren

Durch den neuen Handelsvertrag mit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay sollen 96 % der Industrieexporte aus der Schweiz zollfrei werden. Oft übersehen wird, dass dies auch Pestizide betrifft, die bei uns verboten sind. Gemeinsam mit anderen NGOs hat Public Eye im Oktober das Referendum gegen das Abkommen ergriffen.

CARLA HOINKES

Schweizer Landwirt*innen dürfen das Fungizid Propiconazol nicht verwenden. Es schädigt die Fruchtbarkeit und reichert sich im Grundwasser an. Deshalb wurde es 2018 in der EU und anschliessend in der Schweiz verboten. In den Mercosur-Staaten ist die Verwendung von Propiconazol hingegen legal und weitverbreitet.

In Brasilien, dem mit Abstand wichtigsten Mercosur-Handelspartner der Schweiz, ist Syngenta der wichtigste Verkäufer des Fungizids – und stellt das Produkt in der Schweiz her. Mit dem vom Parlament genehmigten Abkommen wäre der Export von Propiconazol in die Mercosur-Staaten in Zukunft zollfrei. Und Propiconazol ist nur eines von rund 25 problematischen und bei uns verbotenen Pestiziden, die im Anhang II des Handelsvertrags namentlich unter den zollbefreiten Produkten aufgeführt sind. Die Zahl liegt sogar noch höher: Hinter Tarifnummern für Kategorien wie «andere Herbizide» oder «andere Fungizide» verbergen sich Zollaufhebungen für dutzende weitere verbotene Pestizide. Wir identifizierten mehr als 60 solcher Stoffe. Das Abkommen dürfte somit die Ausfuhr solcher hochgiftigen Pestizide im grösseren Stil verbilligen und damit wirtschaftlich fördern.

Der Bedarf der südamerikanischen Agrarstaaten an chemischen Pestiziden ist gross und wächst jährlich. Der zentrale Treiber ist der industrielle Anbau von Soja, Baumwolle, Futtermais, Kaffee und Früchten für den Weltmarkt. Allein der Pestizidweltmeister Brasilien verwendet doppelt so viele Agrarchemikalien wie die gesamte EU. Und während die Pestizidmenge in der Schweiz und in Europa leicht rückläufig ist, hat sie sich im Mercosur in den letzten 30 Jahren verzwölffacht. Hunderte der dort verwendeten Pestizide enthalten bei uns verbotene Substanzen.

Die gut dokumentierten Folgen des massiven Pestizideinsatzes reichen von der Bedrohung der besonders reichen südamerikanischen Artenvielfalt über die Verschmutzung von Boden und Wasser bis zu Vergiftungen und chronischen Gesundheitsschäden bei Anwender*innen und Anwohner*innen. Unsere neuen Recherchen aus Brasilien zeigen, dass bei den Vergiftungen auch Produkte von Schweizer und europäischen Konzernen wie Syngenta eine wichtige Rolle spielen – darunter Pestizide auf Basis von Propiconazol.

Pestizide aus dem Wallis für den Weltmarkt

Dass die Mercosur-Staaten in Zukunft weniger Pestizide nutzen, ist unwahrscheinlich. In Argentinien wurde die Zulassung unter Präsident Milei stark vereinfacht. Und der brasilianische Kongress, in dem Interessenvertreter der Agrarkonzerne und Grossgrundbesitzer die Mehrheit bilden, verabschiedete 2023 ein höchst umstrittenes Gesetzespaket mit dem Übernamen «Pacote de Veneno», also «Giftpaket». Diese umfassende Deregulierung führte beispielsweise dazu, dass auch Pestizide mit chronischen Gesundheitsrisiken wie Krebs eine Zulassung erhalten können und dass jedes Jahr hunderte neue Produkte zugelassen werden – allein 2025 waren es 725.

Kräftig für das Gesetzespaket lobbyiert hatte im Vorfeld auch der Schweizer Milliardenkonzern Syngenta. Ausgerechnet Syngenta würde durch das Mercosur-Abkommen nun auch stark von der zollbefreiten Ausfuhr von Pestiziden aus der Schweiz profitieren. Zwar verfügt Syngenta über Produktionsstätten auf der ganzen Welt. Der grösste und wichtigste Standort befindet sich aber bis heute in Monthey im Kanton Wallis, wo die Firma laut eigenen Angaben 30 % ihrer Pestizidprodukte herstellt.

Blackbox der Schweizer Pestizidexporte

Der Zollabbau dürfte dem Konzern damit direkt zugutekommen. Syngenta produziert und exportiert in Monthey auch Pestizide, die in der Schweiz verboten sind. Das zeigen Recherchen von Public Eye. Weil diese Exporte in der Schweiz jedoch von keiner Statistik erfasst werden, bleiben das Ausmass und der Umfang weitestgehend im Dunkeln. Wir konnten aber aufgrund von EU-Daten ermitteln, dass beispielsweise 2022 mindestens 223 Tonnen Propiconazol aus der Schweiz in die Europäische Union exportiert wurden – zur Wiederausfuhr in Drittstaaten.

Dass der Export von in der Schweiz verbotener Pestizide weiterhin legal ist, kritisiert Public Eye seit Jahren. Erst Anfang Oktober protestierten wir vor der Fabrik in Monthey gegen diese Praxis (siehe Seite 16). Zwar verschärfte der Bundesrat die Ausfuhrbestimmungen 2020 leicht, nachdem wir gesundheitliche Folgen in Importländern aufgezeigt hatten. Verboten ist heute jedoch nur die Ausfuhr von fünf Substanzen, deren Export in den Jahren zuvor nachgewiesen werden konnte. Seither wurden in der Schweiz jedoch dutzende weitere Pestizide verboten, darunter Propiconazol. Nun sollen solche Exporte durch das Mercosur-Abkommen gar verbilligt werden. Besonders perfide: Über den begünstigten Import von Früchten oder Wein aus den Mercosur-Staaten könnten Rückstände solcher Pestizide sogar auch vermehrt auf unseren Tellern und in unseren Weingläsern landen. ■

Allianz gegen Regenwald-Abholzung

Jetzt das Mercosur-Referendum unterschreiben:

Public Eye hat gemeinsam mit Organisationen im Bereich Landwirtschaft, Umweltschutz und Menschenrechte sowie der SP und den Grünen das Referendum gegen das Mercosur-Abkommen ergriffen. Die geplante Ausweitung der Fleisch-, Soja-, Früchte- und Weinimporte erhöht den Druck auf die Schweizer Landwirtschaft und befeuert die Abholzung des Amazonas-Regenwalds und damit die Klimakrise. Hochgiftige Pestizide, moderne Sklaverei und die Vertreibung lokaler Gemeinschaften sind in der agroindustriellen Produktion in den Mercosur-Staaten verbreitet. Es fehlen griffige Massnahmen gegen den Export schädlicher Pestizide aus der Schweiz sowie den Import von Produkten aus abgeholztem Regenwald und Zwangsarbeit aus dem Mercosur.

Wir brauchen 50 000 gültige Unterschriften innert drei Monaten. Unterschreiben Sie jetzt das Referendum in der Beilage dieses Magazins, und teilen Sie es mit Freund*innen und Bekannten.



© Serge Russell

«Euer Gift, euer Profit, unser Leben!»: Vor Syngentas Industriegelände im Wallis macht sich Wut breit

Gut 300 Menschen haben im Oktober vor dem Syngenta-Areal in Monthey demonstriert. Über einen Nachmittag zwischen «Bella Ciao», Reden auf einem Traktor und klaren Parolen.

GÉRALDINE VIRET

Die Sensefrau ist in die Walliser Stadt Monthey gekommen, um auf die verheerenden Auswirkungen von Pestiziden aufmerksam zu machen. Vor der Demonstration trinkt sie im Café du Valais einen Espresso. «Mein Kostüm habe ich gestern gebastelt», sagt sie und stellt sich als Nicole vor. Namen von Pestiziden, die Syngenta exportiert, obwohl deren Nutzung in der Schweiz verboten ist, sind auf ihrer Kleidung aufgelistet. Und auf ihrem Plakat steht: «Euer Gift, euer Profit, unser Leben!», angelehnt an die französische Toxikologin Laurence Huc, die der Chemieindustrie vorwirft, für einen drastischen Anstieg von Krebserkrankungen bei Kindern verantwortlich zu sein. Am Samstag, dem 3. Oktober, fand die Aktion im Rahmen des internationalen Aktionstags «Stop Pesticides» statt. Breakfree Suisse und Public Eye hatten gemeinsam mit anderen Organisationen dafür mobilisiert.

Begleitet vom Rhythmus der «Fanfare militante de Lausanne» setzen sich an diesem Nachmittag gut 300 Menschen am Bahnhof von Monthey in Bewegung und folgen den Bahngleisen. Unter den Demonstrierenden ist Joëlle, eine Walliserin, die im Kanton Waadt lebt. Für sie ist es selbstverständlich, heute hier zu sein. «Ich will keine umweltschädlichen Chemikalien», sagt sie. «Und ich mache mir Sorgen um die zukünftigen Generationen. Welche Umwelt wollen wir ihnen hinterlassen?»

Oscar ist Winzer in Savièse. Er wünscht sich, dass die Landwirtschaft der profitorientierten Agrochemie den Rücken kehrt, und findet es schade, dass im Weinbau so wenig über Pestizide geredet wird. «Ich versuche, auf meiner Ebene etwas zu bewegen, auch wenn es nicht perfekt ist», sagt er.

Montheys Geschichte als Chemiestandort

Etwas weiter entfernt verschmelzen die aus den Fabrikschornsteinen aufsteigenden Rauchschwaden mit den Bergen und erinnern an ein wichtiges Stück Geschichte von Monthey. Im 20. Jahrhundert hat sich die chemische Industrie hier stark im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben des Chablais verankert und ist zu einem Teil der Identität der Region geworden. 1963 schrieb die Zeitschrift «Treize étoiles : reflet du Valais» über das Verhältnis der Einwohner*innen zu CIBA, der historischen Betreiberin des Geländes: «Ein renommierter Name in der globalen Chemieindustrie. Aber uns ist er vertraut

und klingt sehr walliserisch, denn die CIBA-Werke in Monthey gehören zu unserer Region wie die Dents du Midi.» Der Artikel zählte sogar die Anzahl Personen aus «einheimischen» Familien auf, die oft über Generationen hinweg «in der Fabrik» arbeiteten.

Dieses industrielle Erbe wurde im Zuge von Fusionen und Umstrukturierungen an Syngenta weitergegeben, die im Jahr 2000 aus dem Zusammenschluss von Novartis Agribusiness und Zeneca Agrochemicals entstand. Rund 2000 Personen arbeiten heute am Chemiestandort Monthey, 900 davon für den Basler Konzern. Es ist Syngentas weltweit grösster Produktionsstandort, an dem laut Konzernangaben 30 % der Pestizide hergestellt werden. Doch ist die lokale Verankerung noch immer so stark?

«Schluss mit der Straffreiheit!»

Eine der Demonstrierenden weiss das genau: Carole Morisod, grüne Parlamentarierin im Grossen Rat des Kantons Wallis. Die in Monthey geborene Politikerin ist Vorsitzende des Vereins Chablair, der sich seit 2005 für eine gesunde Umwelt in ihrer Region im Kanton Wallis einsetzt. Morisod weiss genau, welche Rolle der Industriekomplex dort spielt und mit welchem Widerstand kritische Stimmen zu kämpfen haben.

«Hier rührt man die chemische Industrie nicht an», sagt Morisod. Sie stehe für Arbeitsplätze, Investitionen und sichere den Lebensunterhalt vieler lokaler Unternehmen. Es sei deshalb sehr schwierig, sich Gehör zu verschaffen, trotz gravierender Umweltverschmutzung und mangelnder Transparenz. Carole Morisod sagt: «Der Schutz unserer Umwelt und unserer Gesundheit darf nicht wirtschaftspolitischen Interessen geopfert werden.»

Als Kind hatte Carole Morisod zusammen mit ihrer Schule in Les Mangettes einen «Baum der Jugend» gepflanzt. Die frühere Mülldeponie wurde in einen öffentlichen Park umgewandelt – ohne jegliche Sanierungsmassnahmen. Zwischen 1961 und 2000 waren dort kontaminierte Abfälle aus dem Chemiewerk Monthey gelagert worden. Zwei Jahrzehnte später bestätigten Analysen das Vorkommen giftiger Substanzen: Schwermetalle, Dioxine, Pestizide und PFAS. «Heute befinden sich dort noch immer mehr als 250 000 Kubikmeter kontaminierter Erde», sagt Carole Morisod. Sie bedauert, dass Syngenta und Co. sich weigern, für die Sanierungskosten aufzukommen, und dass die Gemeinde untätig bleibt.

Ebenfalls vom Chemiewerk Monthey aus wurden während vieler Jahre über 60 Tonnen 1,2,4-Triazol in die Rhone geleitet. Diese chemischen Stoffe verschmutzten das Trinkwasser von ungefähr einer Million Menschen rund um den Genfersee, in den Kantonen Waadt und Genf sowie im benachbarten Frankreich. «Schluss mit der Straffreiheit!», fordern die Demonstrierenden in Monthey. Für sie zeigt der Skandal, der im Herbst 2025 bekannt wurde, einmal mehr Syngentas Verantwortungslosigkeit und die Nachlässigkeit der Behörden.

Ein unerwünschter Nachbar

Vor dem Syngenta-Gebäude bringen die Menschen an diesem Oktobernachmittag ihre Wut zum Ausdruck. Ihre Parolen singen sie zur Melodie der universellen Protesthymne «Bella Ciao». Ein Traktor wird zur Bühne umfunktioniert, die Teilnehmenden ergreifen nacheinander das Wort, angefeuert vom Applaus. «Ich demonstriere, weil Syngenta und ich Nachbarn sind», sagt Martine Gerber. Als Landwirtin, Vorstandsmitglied von Uniterre und grüne Abgeordnete wolle sie keinen Nachbarn, der verschmutzt und tötet. «Weder im Chablais noch anderswo!»

Laurent Gaberell, Verantwortlicher für den Bereich Landwirtschaft und Ernährung bei Public Eye, sagt in seiner Rede: «Hinter diesen Mauern werden weiterhin Pestizide hergestellt, die in der Schweiz und in der EU verboten sind – und das ohne jegliche Transparenz. Den Preis dafür zahlen die Landwirt*innen in Ländern mit geringerem Einkommen wie Brasilien oder Indien.» Vom Bundesrat fordert er einen Exportstopp.

Zurück am Bahnhof löst sich die Demonstration nach und nach auf. Nicole, die Sensefrau, hat inzwischen eine andere Nicole kennengelernt. Beide lächeln. «Es tut gut, die eigene Wut zum Ausdruck zu bringen und Menschen zu treffen, die diese Wut teilen», sagen sie. ■



© Serge Russell



Business mit der Diktatur: Schweizer Textilmaschinen für Turkmenistans System der Zwangsarbeit

Rieter und weitere Schweizer Industriekonzerne beliefern Turkmenistan mit Hightech. Ihr Geschäftspartner: eine der repressivsten Diktaturen der Welt, die das eigene Volk jedes Jahr systematisch zur Baumwollernte zwingt.

TEXT: **TIM WIRTH** ILLUSTRATIONEN: **OPAK.CC**

Es gibt einen Mann, dem CEOs und Kader von Schweizer Textilmaschinenherstellern derzeit besonders gern die Hände schütteln: Nurmuhammet Orazgeldiyev. Orazgeldiyev kommt aus Turkmenistan, diesem isolierten Land in Zentralasien, das als eine der repressivsten Diktaturen der Welt gilt und oft mit Nordkorea verglichen wird. Sein Titel: Textilminister.

Im Mai 2025 hat Orazgeldiyev ein Werk des Schweizer Konzerns Saurer in Nordrhein-Westfalen besucht. «Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit dem turkmenischen Textilministerium», schrieb Saurer auf LinkedIn und versah den Post mit dem Hashtag «#GlobalPartnership». Nur einen Monat später reiste der Textilminister nach Rapperswil zur Graf & Cie AG, einem Tochterunternehmen des Schweizer Traditionsunternehmens Rieter aus Winterthur. Ein Foto zeigt ihn gemeinsam mit dem damaligen CEO Frrok Prenka. Der Höhepunkt sei die Unterzeichnung eines «Memorandum of Understanding» gewesen, heisst es in einer Medienmitteilung des Unternehmens. Und weiter: «Mit dieser Vereinbarung bekräftigt Graf sein Engagement, das dynamische Wachstum der turkmenischen Garnindustrie zu unterstützen.» Diesen Januar besuchte Orazgeldiyev die Messe «Heimtextil» in Frankfurt und traf sich dort mit Vertretern von Rieter. Ein Bild des Anlasses zeigt ihn neben einem Verkaufsspezialisten des Winterthurer Konzerns. Auf der Plattform X schrieb Rieter, man habe mit der turkmenischen Delegation über den Spinnereimarkt und über dessen Chancen gesprochen.

Dreimaliges Händeschütteln. Auf der einen Seite Turkmenistan, das seine Textilindustrie ausbauen will und dafür auf moderne Maschinen angewiesen ist. Auf der anderen Seite Schweizer Industriekonzerne, die in neuen Absatzmärkten wachsen wollen.

Neben Rieter und Saurer verkaufen auch die Schweizer Firmen Uster Technologies, Benninger und Stäubli Maschinen und Technologie für die Textilindustrie nach Turkmenistan. «#GlobalPartnership» eben. Doch im Fall von Turkmenistan bedeutet dies, Geschäfte mit einer Diktatur zu machen. Und in Kauf zu nehmen, dass auf den Maschinen Baumwolle verarbeitet wird, die Turkmen*innen unter Zwangsarbeit ernten mussten.

Ein aktueller Bericht verschiedener internationaler Menschenrechtsorganisationen zeigt eindrücklich auf, was das heisst. Der turkmenische Staat zwingt seine Bürger*innen jedes Jahr, unter menschenunwürdigen

Bedingungen tonnenweise Baumwolle zu pflücken. Eine neue Untersuchung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), bei der vergangenes Jahr 1611 Baumwollpflücker*innen befragt wurden, bestätigt die zentralen Befunde des Berichts.

Frauen und Kinder besonders gefährdet

Ruslan Myatiev ist Herausgeber von «Turkmen.news», einem der ganz wenigen Medien, die frei über Turkmenistan berichten. Er lebt im Exil in den Niederlanden. «Die Turkmen*innen fungieren bei der Baumwollernte buchstäblich als Sklaven», sagt Myatiev gegenüber Public Eye. Die Regierung benutze sie als kostenlose Arbeitskraft. «Und wenn die staatlichen Firmen dann mit den Maschinen von Schweizer Unternehmen Textilien herstellen und diese exportieren, behält die Diktatorenfamilie den ganzen Gewinn. Die Menschen bekommen nichts davon.»

«Turkmen.news» ist eine der Organisationen der «Cotton Campaign Coalition», die den Bericht über die Zwangsarbeit in Turkmenistan verfasst haben. Sie alle haben ihren Sitz ausserhalb der Diktatur, denn der turkmenische Staat geht gezielt gegen regierungskritische Aktivist*innen und Journalist*innen vor.

Der turkmenische Präsident Serdar Berdimuhamedow legt laut dem Bericht die jährliche Produktionsquote fest und kontrolliert den Zugang zu Saatgut und Pestiziden. Erfüllen die Landwirt*innen die Quoten nicht, drohen Strafen wie etwa Geldbussen, die Vernichtung von Gemüseanbauflächen oder der Verlust von Land. Jedes Jahr zwingt die Regierung während der Erntesaison von August bis Dezember Bürger*innen dazu, Baumwolle zu pflücken – von Lehrer*innen über Betreiber*innen von Autowaschanlagen bis zu Ärzt*innen.

Die Ernte erfolgt in Handarbeit, was beste Qualität garantiert, da so nur der weisse Faserbusch der Pflanze in den Säcken landet. Für die Menschen ist diese Arbeit extrem anstrengend und gefährlich. Ein im Bericht zitierter Arzt sagt, dass viele Zwangsarbeiter*innen auf den staubigen Feldern krank wurden. Ein Baumwollpflücker formuliert es so: «Wenn wir mitten im Dreck eine Wassermelone und einen halben Laib Brot essen können, dann werfen wir unsere Hüte in die Luft.»

Besonders stark von der Zwangsarbeit betroffen sind Frauen, da sie den Grossteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ausmachen. Wehren sie sich, setzen sie sich dem Risiko sexueller Belästigung aus. Der ILO-Bericht dokumentiert zudem einen Anstieg der Präsenz von Kindern auf den Baumwollfeldern. Im Jahr 2024 trafen ILO-Beobachter*innen bei 23 % der Feldbesuche auf Minderjährige, im Jahr 2025 stieg die Zahl auf 38 %.

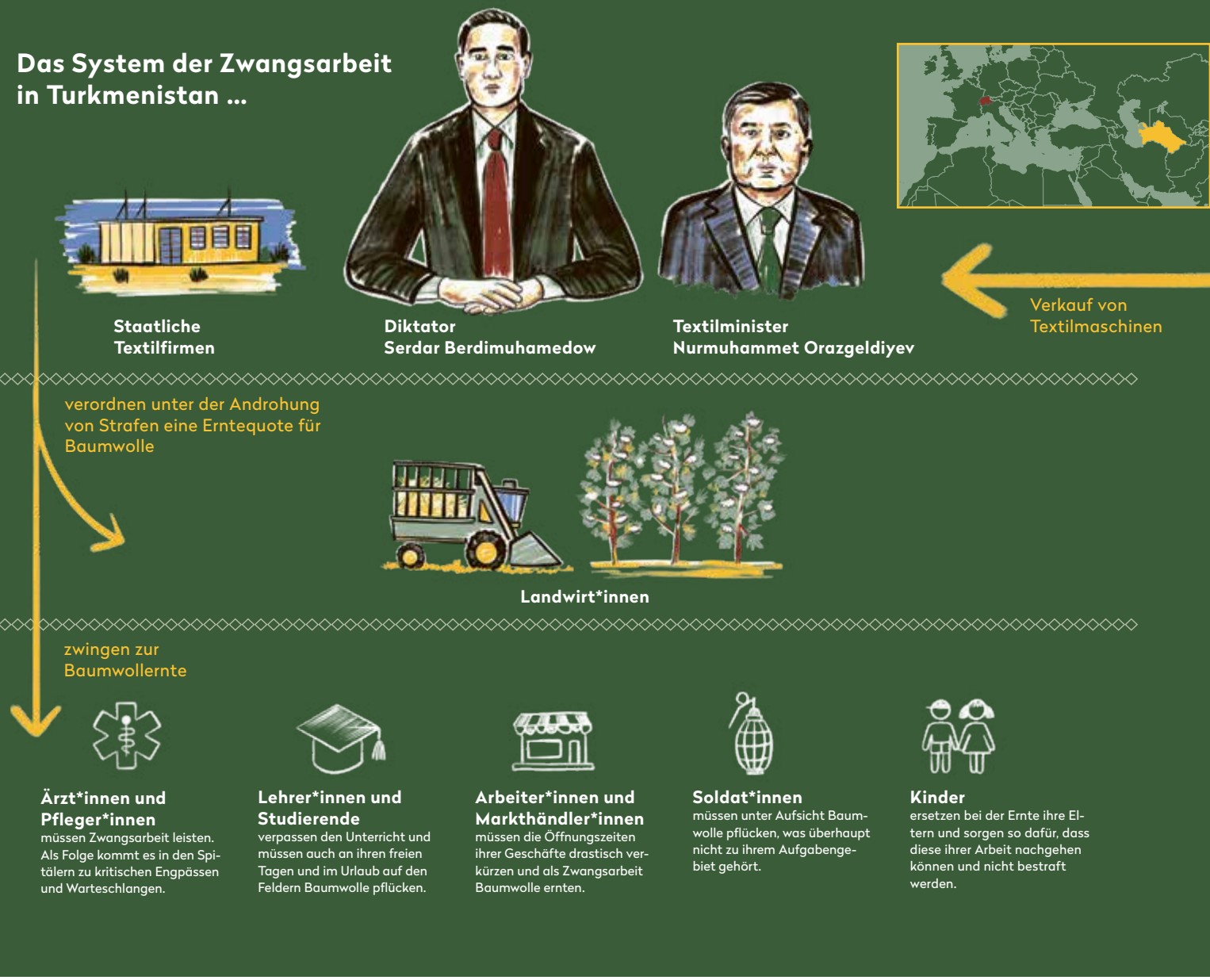
Die Rolle von Peter Spuhler

Die turkmenische Regierung streitet den systematischen Einsatz von Zwangsarbeit im eigenen Land ab. Sie stellt die Baumwollernte als patriotischen Dienst an der Nation und als Einkommensmöglichkeit für die Bevölkerung dar. Die Schweiz bekundete dieses Jahr gegenüber dem «Committee of Experts on the Application of Conventions and Recommendations» (CEACR) der ILO eine «tiefe Besorgnis über die anhaltende, weitverbreitete Praxis der Zwangsarbeit in der Baumwollproduktion» und forderte die turkmenische Regierung nachdrücklich auf, ihre Bemühungen zur Beseitigung von Zwangsarbeit zu verstärken.

Besonders intensiv scheinen die Handelsbeziehungen zu Turkmenistan bei Rieter und dessen Tochterunternehmen Graf zu sein. Davon zeugt neben dem unterzeichneten «Memorandum of Understanding», dass Rieter laut eigener Website sogar eine Agentur in einem Shoppingcenter in Turkmenistans Hauptstadt Aschgabat betreibt.

Wie viel Umsatz Rieter in Turkmenistan macht, weist das Unternehmen nicht aus. Im Geschäftsbericht steht lediglich, dass 2025 in asiatischen Ländern (ohne China, Indien und Türkei) 132 Millionen Franken Umsatz gemacht wurden und dies damit für Rieter hinter China die lukrativste Region ist. Dem Onlineportal «Business Turkmenistan» sagte ein Verkaufsspezialist der Schweizer Firma 2019 beim Besuch einer Messe: «Wir haben ziemlich viele Spinnereien in Turkmenistan. Wir geniessen im Land einen guten Ruf und arbeiten gut mit dem Textilministerium zusammen.» Rieter gehört mehrheitlich zwei bekannten Schweizer Milliardären: Peter Spuhler,





Verwaltungsratspräsident von Stadler Rail und ehemaliger SVP-Nationalrat, und Martin Haefner, Eigentümer des Autohändlers AMAG Group. Peter Spuhler wurde auch schon in der Vergangenheit dafür kritisiert, Geschäfte mit autoritären Staaten zu machen. Er pflegt etwa mit Alexander Lukaschenko, dem Machthaber von Belarus, eine enge Beziehung und verkaufte der staatlichen belarussischen Eisenbahngesellschaft Züge seines Unternehmens für hohe Millionenbeträge. Mit Vorwürfen dazu konfrontiert, meinte Spuhler 2022 in einem Interview mit dem Blick lapidar: «Wir sind als Unternehmen nicht Weltpolizist.»

Peter Spuhler hat nicht auf die Anfrage von Public Eye reagiert; Martin Haefner wollte keine Stellung nehmen. Rieter schreibt in seiner Stellungnahme, dass der Konzern keine Produktionsstandorte in Turkmenistan unterhalte. Die bestehenden Spinnereien in Turkmenistan benötigten eine Modernisierung ihrer Maschinen. Aus diesem Grund liefere das Unternehmen Technologiekomponenten und Ersatzteile. Für Finanzströme und Auslandszahlungen sei in Turkmenistan eine behördliche Genehmigung erforderlich. «Vor diesem Hintergrund besuchte der turkmenische Textilminister unter anderem die Schweiz.»

NGOs fordern den Abbruch der Geschäfte

Turkmenistan ist laut dem International Cotton Advisory Committee der vierzehntgrösste Baumwollproduzent der Welt. Neben Öl und Gas ist das «weisse Gold» der wichtigste Wirtschaftszweig des Landes. Das Regime von Serdar Berdimuhamedow arbeitet intensiv daran, die gesamte Wertschöpfungskette in sein Land zu holen und immer mehr fertige Textilprodukte zu exportieren. So steht es in einer Mitteilung seiner Regierung. Für das Wachstum der Industrie brauche es «fortschrittliche Technologien von führenden Unternehmen aus Belgien, Deutschland, Italien, der Schweiz, Japan und anderen Ländern».

Für die Schweizer Maschinenbauer ist Turkmenistan somit ein wachsender Markt. Doch Raluca Dumitrescu, Mitautorin des Berichts und Koordinatorin bei der Cotton Campaign, sagt: «Die Geschäfte unterlaufen internationale Bemühungen zur Bekämpfung von Zwangsarbeit.» Sie

… und was Schweizer Konzerne damit zu tun haben.

RIETER

Tochterunternehmen

Graf

STÄUBLI BENNINGER

SAURER. USTER

Quelle: Cotton Campaign Coalition, «Turkmenistan Cotton: State-Imposed Forced Labor in the Annual Cotton Harvest, High Risk in Global Supply Chains»



Der Konzern Rieter steckt in der Krise

Das 1795 in Winterthur gegründete Unternehmen Rieter ist heute mit 21 Produktionsstandorten in neun Ländern vertreten und beschäftigt weltweit rund 6300 Mitarbeitende. Rieter steht wirtschaftlich stark unter Druck. In den letzten Jahren kam es zu massiven Sparprogrammen. Die Belegschaft wurde seit Ende 2022 um 40 Prozent reduziert. Der Konzern baute 2200 Stellen ab. Im ersten Halbjahr 2026 wies Rieter einen Reinverlust von 54,9 Millionen Franken aus. In der Folge gab CEO Thomas Oetterli Ende September seinen Rücktritt bekannt. Daniel Lippuner sollte sein Nachfolger werden. Doch wegen eines Streits um einen Bonus wird Lippuner nun durch Georg Stausberg ersetzt, bevor er die Stelle überhaupt angetreten hat.

und die anderen Organisationen fordern, dass Firmen alle Geschäftsbeziehungen zur turkmenischen Textilindustrie beenden und die Lieferung von Maschinen einstellen. Denn sie profitierten indirekt von der Zwangsarbeit der Turkmen*innen und ermöglichten es, dass die dortige Baumwolle in die globalen Lieferketten geschleust werde.

Ähnliche Kritik gab es bereits 2021. Damals zeigte ein Bericht auf, dass Uigur*innen in der chinesischen Provinz Xinjiang Zwangsarbeit auf Baumwollfeldern verrichten müssen. Die Unternehmen Saurer, Rieter und Uster Technologies waren damals in der Region tätig. Gegenüber SRF erklärte Saurer, dass die Baumwolle produzierenden Länder der Region, darunter auch Turkmenistan, danach strebten, «ihre Wertschöpfung zu erhöhen und ihren Bürgern Arbeitsplätze zu bieten». Das übergeordnete Ziel von Saurer sei es, wirtschaftliche Chancen für die Einheimischen zu schaffen.

Lasche Schweizer Gesetze

Dass es auch anders ginge, zeigt das Beispiel des Möbelhauses IKEA. 2017 tauchte in niederländischen Filialen Bettwäsche mit Baumwolle «made in Turkmenistan» auf. Als Kritik laut wurde, beschloss IKEA bis auf Weiteres ein Einfuhrverbot und begründete dies öffentlich damit, dass sich die Situation im Land bezüglich Zwangsarbeit in die falsche Richtung bewege.

In den USA sind turkmenische Baumwollprodukte bereits seit 2018 vom Import ausgeschlossen. In der gesamten EU tritt Ende 2027 ein Gesetz in Kraft, das die Einfuhr und den Verkauf von Produkten, die ganz oder teilweise unter Einsatz von Zwangsarbeit hergestellt wurden, verbietet. Und in der Schweiz? Da sind die Gesetze viel lascher – so lasch, dass US-Präsident Donald Trump das mangelnde Engagement der Schweiz gegen Zwangsarbeit sogar als vorgeschobenes Argument für die hohen Strafzölle nutzte.

Die Schweiz kennt heute weder ein Importverbot für Produkte aus Zwangsarbeit noch verbindliche Sorgfaltsprüfungspflichten, die Schweizer Maschinenhersteller dazu verpflichten würden, Menschenrechtsrisiken ernst zu nehmen. Ändern könnte sich dies mit der neuen Konzernverantwortungsinitiative (KVI), über die



frühestens 2028 abgestimmt wird. Die KVI ist eng an die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte angelehnt. Diese verlangen von Unternehmen, menschenrechtliche Risiken entlang ihrer Wertschöpfungsketten zu identifizieren und wirksame Massnahmen dagegen zu ergreifen. Weil die Menschenrechtsverletzungen in Turkmenistan weitgehend systemischer Natur sind, würde dies hohe Anforderungen an die Sorgfaltspflicht der Unternehmen stellen.

Guido Cozzi ist Professor für Makroökonomie an der Universität St. Gallen. Er findet, dass bei direkten Verhandlungen mit der turkmenischen Regierung oder mit staatlich kontrollierten Unternehmen der Hinweis nicht genüge, man liefere lediglich eine neutrale Technologie. «Wenn ein Schweizer Unternehmen nicht verlässlich ausschliessen kann, dass seine Maschinen zur Verarbeitung von Baumwolle aus Zwangsarbeit eingesetzt werden, sollte es das Geschäft nicht ohne zusätzliche Sicherheiten abschliessen», sagt Cozzi. «Es sollte überprüfbare menschenrechtliche Bedingungen, Transparenz über die Herkunft der Baumwolle und unabhängige Kontrollen verlangen.» Könne dies nicht gewährleistet werden, solle das Geschäft ausgesetzt oder darauf verzichtet werden.

B2G-Meetings in Aschgabat

Mit den Vorwürfen konfrontiert, verweisen sowohl Rieter als auch Uster Technologies auf ihren Code of Conduct. Rieter schreibt, Geschäftsbeziehungen mit Kunden würden ausschliesslich im Einklang mit dem firmeneigenen Verhaltenskodex sowie den geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen geführt. «Wir erwarten von unseren Lieferanten und Geschäftspartnern, ähnliche Grundsätze einzuhalten, insbesondere zu Arbeitszeiten und -bedingungen, Diskriminierungsfreiheit, Gleichstellung, Kinderarbeit, fairer Entlohnung, Verbot von Zwangsarbeit und moderner Sklaverei.» Uster verweist darauf, dass seitens der Schweizer Behörden keine länderspezifischen Handelsbeschränkungen mit Turkmenistan bestünden. «Sobald uns etwaige Verstösse gegen den Code of Conduct gemeldet werden», so das Unternehmen weiter, «leiten wir die erforderlichen Abklärungen in die Wege und ergreifen gegebenenfalls Sanktionen.»

Die Konzerne Saurer und Benninger haben auf unsere Anfrage nicht reagiert. Stäubli schreibt: «Wir nehmen die Berichte über Menschenrechts- und Arbeitsbedingungen in Turkmenistan ernst und berücksichtigen entsprechende Risiken im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit.» Keines der mit den Vorwürfen konfrontierten Unternehmen formulierte jedoch konkrete Schritte, um auf die von der «Cotton Campaign Coalition» und der ILO dokumentierte Problematik der staatlichen Zwangsarbeit bei ihrem Geschäftspartner zu reagieren.

Diesen Juni fand in Aschgabat die Turkmen Textile Expo 2026 statt, organisiert von Nurmuhammet Orazgeldiyevs Textilministerium. Präsident Serdar Berdimuhamedow hielt die Begrüssungsansprache, «welche die Teilnehmer mit grosser Aufmerksamkeit verfolgten», schrieb die Regierung. Es folgten Modeschauen und «B2G-Meetings», also Treffen zwischen Unternehmen und Regierungsvertretern. Auch ein Schweizer Konzern war als Aussteller vor Ort: Rieter. Die Geschäfte scheinen trotz der gut belegten Zwangsarbeit auf den turkmenischen Baumwollfeldern munter weiterzugehen. ▪

Hinter der Recherche

*Die Beobachter*innen der «Cotton Campaign Coalition» sind oft Turkmen*innen, die selbst Zwangsarbeit leisten. Interviews führen und dokumentieren sie aus Sicherheitsgründen ausschliesslich mit einem Diktiergerät. Mit den NGOs im Exil kommunizieren sie über verschlüsselte Kanäle. Das persönliche Risiko, entdeckt zu werden, ist gross. Bei der Ernte 2025 wurde ein Beobachter vom Ministerium für Nationale Sicherheit festgenommen und mehrere Stunden verhört. 2024 starb der Journalist Khudayberdy Allashov, der über die Zwangsarbeit berichtete, laut «Forbidden Stories» an den Folgen der Misshandlungen durch turkmenische Sicherheitskräfte. Der Bericht über das Ausmass der systematischen Zwangsarbeit in Turkmenistan hat Public Eye dazu veranlasst, zusätzlich selbst zu Schweizer Firmen und deren wirtschaftlichen Beziehungen zur Diktatur zu recherchieren.*

Waffenexporte: ein klares Nein zur Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes

Am 29. November stimmen wir über die Änderung des Kriegsmaterialgesetzes ab. Schweizer Waffenkonzerne würden davon profitieren und nicht wie ursprünglich vorgesehen die Ukraine. Das Nachsehen hätten Menschen auf der ganzen Welt, die Kriegen oder autoritären Regimes ausgesetzt sind. Public Eye bekämpft die Vorlage zusammen mit anderen Organisationen.

ROBERT BACHMANN

Seit 2022 gelten klare gesetzliche Schranken für Schweizer Exporte von Kriegsmaterial – also Waffen, Waffensystemen und Munition: Wenn das Bestimmungsland in einen zwischenstaatlichen Konflikt oder einen Bürgerkrieg verwickelt ist, werden sie nicht bewilligt. Auch nicht, wenn ein Risiko besteht, dass damit systematisch Menschenrechte verletzt oder Zivilpersonen angegriffen werden. Zudem darf ein Käufer Kriegsmaterial nicht weitergeben, er muss eine sogenannte Nichtwiederausfuhr-Erklärung unterzeichnen.

Diese Regeln gehen auf die «Korrektur-Initiative» zurück, mit der eine breite Allianz 2019 auf die vom Bundesrat geplante Lockerung der Exportregeln reagierte. Zur gleichen Zeit wurde bekannt, dass Schweizer Waffen im Jemenkrieg eingesetzt wurden – einer der schwersten humanitären Krisen der letzten Jahre. Dass Kriegsmaterial, das aus der Schweiz nach Saudi-Arabien exportiert worden war, in einem solchen Konflikt eingesetzt werden konnte, löste breite Empörung und Rufe nach strengeren Regeln aus. Bis dahin hatte der Bundesrat grossen Ermessensspielraum, um Geschäfte selbst mit Ländern zu bewilligen, die die Waffen in Bürgerkriegen oder gegen die Zivilbevölkerung einsetzten.

Die «Korrektur-Initiative» wurde 2021 zurückgezogen, nachdem das Parlament einen Gegenvorschlag angenommen hatte. Ein Erfolg für die damalige «Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer», der auch Public Eye angehörte.

Die Ukraine als Vorwand

Auslöser der nun geplanten Änderung des Kriegsmaterialgesetzes – nur vier Jahre nach der letzten – war eine Kontroverse zu Beginn der russischen Vollinvasion der Ukraine. Zur Unterstützung des angegriffenen Landes wollte Deutschland Munition für den Flugabwehrpanzer Gepard aus Schweizer Produktion weitergeben, die es bereits besass. Der Bundesrat verweigerte dies mit Verweis auf das Kriegsmaterialgesetz und das Neutralitätsrecht. Das Parlament führte dazu eine Grundsatzdebatte: Darf die Schweiz trotz des neutralitätsrechtlichen Gebots, Konfliktparteien gleich zu behandeln, Waffen an Staaten liefern, die Opfer eines völkerrechtswidrigen Angriffs sind? Und sind die Exportbedingungen für die hiesige Rüstungsindustrie so restriktiv, dass die Schweiz zu einem unzuverlässigen Partner wird, was letztlich ihre Sicherheit gefährden würde? In weiten Kreisen war man sich unter der Bundeshauskuppel einig, dass die Bewilligungskriterien zu restriktiv sind: Exporte in Staaten, die sich gegen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg verteidigen müssen, sollten unter gewissen Umständen möglich sein. Die bürgerliche Mehrheit setzte jedoch eine Reform durch, die keine Weitergabe bereits exportierter Waffen an die Ukraine erlaubt. Aus der Debatte über Hilfe für die angegriffene Ukraine wurde ein pauschales Geschenk an die Schweizer Rüstungsindustrie und konkret an den Rheinmetall-Konzern, der letztes Jahr drei Viertel aller bewilligten Kriegsmaterialexporte verbuchte.

Waffenexporte ausser Kontrolle

Die Änderung des Kriegsmaterialgesetzes, die zur Abstimmung steht, hätte drei konkrete Auswirkungen:

- Mehr Ausnahmen bei Waffenexporten: Der Bundesrat könnte wieder in Eigenregie von den bestehenden Ausfuhrkriterien abweichen und Lieferungen an Staaten erlauben, die damit Menschenrechtsverletzungen begehen. Gewisse Staaten, darunter die USA oder Argentinien, sollen sogar dann beliefert werden können, wenn sie sich in einem Krieg befinden.

- Keine Kontrolle von Weitergaben: Die bisher verlangten Nichtwiederausfuhr-Erklärungen würden weitgehend wegfallen. Schweizer Kriegsmaterial könnte dadurch unkontrolliert über Drittstaaten in Konfliktgebiete gelangen.

- Keine Lösung für die Ukraine: Trotz ihres Ursprungs im russischen Angriffskrieg würde die Vorlage nichts an den neutralitätsrechtlichen Einschränkungen für Lieferungen an die Ukraine ändern. Mit anderen Worten: Deutschland könnte auch nach Annahme der Vorlage keine Munition aus Schweizer Produktion an die Ukraine weitergeben.

Deshalb engagiert sich Public Eye gegen die Vorlage und empfiehlt am 29. November ein deutliches Nein. ■

Diese fünf Dinge hat unsere Chiquita-Kampagne jetzt schon ausgelöst

28 241 Menschen haben mit uns gegen die Arbeitsbedingungen auf Chiquita-Zulieferplantagen in Guatemala protestiert. Die Forderung: Der Konzern mit Sitz in der Westschweiz soll endlich für Mindestlöhne sorgen, Arbeiter*innen vor gefährlichen Pestiziden schützen und die Gewerkschaftsfreiheit sichern. Was der Druck bereits bewirkt hat.

ROBERT BACHMANN

1 Chiquitas Tür hat sich einen Spaltbreit geöffnet

Von Anfang an war klar, dass wir von Chiquita kaum eine Reaktion erhalten würden. Seit der Übernahme durch die brasilianischen Milliardärsfamilien Safra und Cutrale und der Privatisierung vor gut zehn Jahren erfährt die Öffentlichkeit fast nichts über die brutale Realität der Bananenproduktion. Einzig die stets lächelnde Miss Chiquita ist allgegenwärtig. Auf unsere 48 Fragen vor der Publikation der Reportage aus Guatemala haben wir nie eine Antwort erhalten. Und auch gegenüber einem Dutzend Schweizer und internationalen Medien hat Chiquita zu den Vorwürfen keine Stellung genommen. Während der fünfmonatigen Kampagne bewegte sich der Konzern keinen Millimeter. Doch als wir Ende September vor dem Hauptsitz im Kanton Waadt protestierten, tat sich endlich ein Türchen auf: Der globale Direktor für Nachhaltigkeit nahm die 28 241 Unterschriften entgegen. Jetzt muss Chiquita echtes Engagement zeigen, um die Arbeitsbedingungen für die Menschen in seinen Zulieferbetrieben zu verbessern.



2 Die Gewerkschaften kämpfen gemeinsam für ihre Rechte

Seit 2001 hat Chiquita ein global gültiges Abkommen mit dem Zusammenschluss der lateinamerikanischen Bananengewerkschaften (COLSIBA) und dem internationalen Gewerkschaftsverband IUF. Chiquita verpflichtet sich darin, die Rechte von Arbeiter*innen und Gewerkschaften zu achten und diese auch bei Zulieferbetrieben durchzusetzen. Das Abkommen sieht halbjährliche Treffen vor, um Missstände zu adressieren. Nachdem sie lange ausgesetzt wurden, finden die Gespräche seit diesem Sommer wieder statt. Die Gewerkschaften konnten den Druck unserer Reportage und Kampagne nutzen, um diesen Prozess wieder ins Rollen zu bringen. Anfang Oktober haben wir uns in Madrid mit ihnen getroffen, um die nächsten Schritte zu besprechen. Druck von allen Seiten soll Chiquita dazu bewegen, sich mit seiner ganzen Marktmacht dafür einzusetzen, dass gesetzliche Rechte wie Arbeitsschutz, Mindestlohn und gewerkschaftliche Versammlungsfreiheit auch in Zulieferbetrieben eingehalten werden.



3 Das Label Rainforest Alliance hat eine Audit bei einem Plantagenbetreiber durchgeführt

Das Label Rainforest Alliance ist bei den Gewerkschaften auf Bananenplantagen verpönt: ungenügend und folgenlos seien ihre Zertifizierungen und Überprüfungen, gerade wenn es um den Schutz der gewerkschaftlichen Versammlungsfreiheit gehe. Als Reaktion auf unsere Recherche in Guatemala führte Rainforest Alliance im Mai ein mehrtägiges Audit bei einem grossen Plantagenbetreiber ausserhalb der Hafenstadt Puerto San José in Guatemalas Süden durch. Die Prüfer bestätigten zwei der drei Missstände, die wir aufgedeckt hatten: Auf den Plantagen wird der nationale Mindestlohn nicht eingehalten, und es finden Pestizidflüge statt, ohne

dass angemessene Schutzvorkehrungen getroffen werden. Enttäuscht hat uns, dass die Prüfer keine Verstösse gegen die gewerkschaftliche Versammlungsfreiheit bemerkt haben sollen, denn diese sind gut dokumentiert. Als Folge des Audits wurde die Zertifizierung des Betreibers für 90 Tage suspendiert. Nach Ablauf dieser Frist schreibt uns Rainforest Alliance, dass der Plantagenbetreiber Massnahmen umgesetzt habe, um die Missstände zu beheben. Werde dies durch eine erneute Überprüfung bestätigt, könnte der Plantagenbetreiber die Zertifizierung wiedererlangen. Gemäss unseren Quellen vor Ort wurde der Betrieb in der Zwischenzeit allerdings zum Schein verkauft, ohne dass jedoch ein tatsächlicher Besitzerwechsel stattgefunden hat. So kann die Belegschaft ausgewechselt und unerwünschtes Personal entlassen werden. Rainforest Alliance bestätigte denn auch, dass zwei der betroffenen Plantagen wegen des angeblichen Verkaufs nicht Teil des Audits waren und ihre Zertifizierung deswegen trotzdem behalten können. Immerhin: Ab 2027 werde das Label mit dem grünen Frosch alle Audits auf Guatemalas Bananenplantagen um einen Tag verlängern und Arbeiter*innen auch ausserhalb des Betriebs befragen, «um qualitativ bessere Daten zur Lage vor Ort zu erhalten».



4 Die Migros streicht eine irreführende Behauptung

Anfang Jahr hatten wir alle grossen Schweizer Detailhändler gefragt, ob sie Chiquita-Bananen verkaufen. Die Antworten: Coop und Aldi verkaufen keine, Lidl wich der Frage aus. Einzig die Migros (und ihre Tochtergesellschaft Denner) beziehen Chiquita-Bananen, diese kämen jedoch nicht aus Guatemala, sondern aus Panama. Als wir der Migros kurz darauf ein Foto einer guatemaltekischen Banane aus einer Migrolino-Filiale schickten, krebste der Konzern zurück und antwortete, dass Bananen aus Guatemala nur eine Ausnahme bei Engpässen seien. Auch informierte uns ein engagierter Migros-Mitarbeiter (dem wir an dieser Stelle herzlich danken), dass auch die M-Budget-Bananen von Chiquita stammen. Diese werden sogar mit der Aussage «aus verantwortungsvollem Anbau» beworben. Basis dieser Behauptung ist die Zertifizierung der Rainforest Alliance. Dass das Label alles andere als verantwortungsvollen Anbau garantiert, weiss auch die Migros. Und sie weiss auch, dass die Anbaubedingungen in Chiquita-Lieferketten in allen Ländern hochproblematisch sind. Ein reiner Ausschluss eines einzelnen Landes bringt wenig. Man sei im Gespräch, teilte uns die Migros mit, um Sorgfaltspflichten, Zertifizierungsprozesse und Kontrollmechanismen bei Chiquita und Rainforest Alliance besser zu verstehen. Die Migros sollte ihre Geschäftsbeziehungen mit beiden grundsätzlich überdenken. Eine erste Einsicht scheint bereits vorhanden: Die Behauptung, von der Rainforest Alliance zertifizierte M-Budget-Bananen stammten aus «verantwortungsvollem Anbau», hat die Migros mittlerweile gestrichen.



5 Ein junger Podcasthörer lehnte ein Chiquita-Jobangebot ab

Ende Sommer erreichte uns die Zuschrift eines jungen Hörers unseres französischsprachigen Podcasts, der aufgrund unserer Berichte beschloss, ein Jobangebot von Chiquita abzulehnen. Wir können ihm zu dieser klaren Haltung nur gratulieren und denken, dass er sie nicht bereuen wird. Als wir Ende September vor dem Hauptsitz von Chiquita demonstrierten, gewannen wir nicht den Eindruck, dass dort ein emsiges Treiben herrscht, sondern eher, dass der Konzern mit minimalem Aufwand die notwendige Präsenz unterhält, um vom Waadtländer Steuerdumping zu profitieren.

Wir bleiben dran, um konkrete Verbesserungen für die Menschen vor Ort zu bewirken: im Gespräch mit Betroffenen in Guatemala, mit Gewerkschaften, in internationalen Netzwerken, mit Druck auf den Konzern und mit politischer Arbeit. Danke für Ihre Unterstützung! ▪

Unsere Recherche zu Chiquita finden Sie im Magazin vom April 2026.



Das bewirken Sie mit Ihrer Spende oder Ihrem Nachlass

Die Arbeit von Public Eye wäre nicht möglich ohne die finanzielle Unterstützung unzähliger Menschen. Ihnen gilt unsere tiefe Dankbarkeit. Wir haben Spender*innen, die uns im Testament berücksichtigen möchten, nach ihren Gründen dafür gefragt. Und zugleich zeigen wir die langfristige Wirkung von Projekten, in diese Gelder fliessen.

ANITA WEBER UND **ALINE VON MÜHLENEN**

«Public Eye im Testament zu berücksichtigen, ist mehr als eine Geste der Solidarität gegenüber ausgebeuteten Bevölkerungsgruppen oder zerstörter Umwelt: Es ist eine Entscheidung, die mir das Gefühl gibt, nützlich zu sein.»
Claire-Lise, 89 Jahre, Lausanne

«Durch die Berücksichtigung im Testament kann ich mein Engagement über meinen Tod hinaus verlängern und dazu beitragen, dass Public Eye diese wichtige Arbeit auch in Zukunft weiterführen kann.»
Franziska, 71 Jahre, Zürich

Welche Wirkung Testamentsspenden entfalten können, zeigt ein Blick in unsere Organisationsgeschichte: So wurden die Recherchen sowohl für das Rohstoffbuch (2011) als auch zu Dirty Diesel (2016) in wesentlichen Teilen mit Nachlässen finanziert.

Das Rohstoffbuch war damals revolutionär: Es beschrieb die zentrale Rolle der Schweiz als grösste Rohstoffhandelsdrehscheibe der Welt und brachte die notorisch verschwiegene Branche und ihr Geschäftsmodell erstmals ans Licht einer breiten Öffentlichkeit. Die Recherche und Kampagne zu Dirty Diesel wiederum deckte die toxischen Doppelstandards von Schweizer Rohstoffhändlern bei der Produktion und dem Export von Treibstoffen auf und führte zu gesetzlichen Verschärfungen in Westafrika und Europa, die für sauberere Luft in den betroffenen Ländern sorgten.

«Ich bin überzeugt, dass Organisationen wie Public Eye überlebenswichtig für die Demokratie sind. Unsere Gesellschaft braucht solch qualitativ hochwertige Informationen.»
Anna, 41 Jahre, Genf

«Ich habe das Glück, einen Beruf gehabt zu haben, der mich erfüllt hat, und ein Haus zu besitzen. Ich möchte denjenigen, die weniger privilegiert sind, etwas zurückgeben.»
Elisabeth, 80 Jahre, Kreuzlingen

Die Unterstützung von lokalen Akteuren wie Gewerkschaften oder Bewegungen sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit. So kontaktierten wir mit der indonesischen Gewerkschaft SBDI-KASBI die Schweizer Marke ON und weitere Sportfirmen, nachdem einer ihrer Lieferanten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen entlassen hatte. Die Firmen reagierten, und SBDI-KASBI erreichte schliesslich, dass die Kündigungen rückgängig gemacht wurden.

In Mexiko unterstützen wir Kaffeebäuerinnen und -bauern, die Anfang 2024 wegen zu tiefer Abnahmepreise gegen Nestlé protestierten. Dank der Medienaufmerksamkeit durch unsere Berichterstattung vor Ort kam es zu Gesprächen zwischen Nestlé Mexiko und den Kaffeebäuerinnen und -bauern. Im November 2024 erklärte sich der Konzern dann bereit, ihnen für ein Kilo Robusta-Bohnen in der anstehenden Ernte statt der bisherigen 32 neu 45 Pesos zu bezahlen. Da die Hauptforderung nach gerechteren Preissetzungsmechanismen bis heute unerfüllt bleibt, unterstützen wir die Bäuerinnen und Bauern weiter in ihrem Kampf.

«Es erfüllt mich mit Zufriedenheit, die Arbeit eines Teams zu unterstützen, das trotz Gegenwind nicht von seinen Zielen ablässt.»
Claire-Lise, 89 Jahre, Lausanne

Auch im Bereich Pestizide setzt sich Public Eye als Teil des Pesticide Action Networks (PAN) für langfristige und grundsätzliche Verbesserungen ein. Ein wichtiges Ziel ist ein globales Verbot von hochgefährlichen Pestiziden: Die meisten sind heute in Europa verboten, werden aber in Ländern des Südens auch von Schweizer Firmen weiterhin verkauft. Im Herbst 2023 konnten wir mit PAN einen historischen Etappensieg feiern: Die UN-Mitgliedstaaten haben sich zum Ziel gesetzt, bis 2035 alle hochgefährlichen Pestizide aus der globalen Landwirtschaft zu verbannen. Auch auf nationaler Ebene haben wir schon viel bewirkt: Unsere Recherchen haben massgeblich dazu beigetragen, dass Frankreich 2020 und Belgien 2023 ein umfassendes Exportverbot von im eigenen Land verbotenen Pestiziden verabschiedeten.

«Es ist zentral, dass die Machenschaften von Schweizer Unternehmen ans Licht gebracht werden, insbesondere dann, wenn diese ihre Versprechen oder die Normen in Bezug auf Menschenrechte und die Umwelt nicht respektieren.»
Anna, 41 Jahre, Genf

«Viele Menschen empfinden angesichts der schwierigen Weltlage ein Ohnmachtsgefühl. Als Einzelne sind wir vielleicht machtlos, aber eine Organisation wie Public Eye kann immer wieder etwas bewirken.»
Franziska, 71 Jahre, Zürich ■

Kontakt und weitere Infos

Haben Sie Fragen zur Testamentserstellung? Kontaktieren Sie uns. Gerne beraten wir Sie persönlich und unterstützen Sie bei Fragen rund um Ihre Nachlassplanung.



Ihre Kontaktperson:
Anita Weber,
T +41 44 277 79 11
anita.weber@publiceye.ch
publiceye.ch/testament



© Cyrielle Krajcir

Das Referendum gegen das Malaysia-Abkommen steht!

Es ist ein wichtiger Zwischenerfolg für eine gerechtere Handelspolitik: Anfang Oktober hat Public Eye gemeinsam mit anderen Organisationen der «Allianz gegen Regenwaldabholzung» sowie linken Parteien über 85 000 Unterschriften eingereicht. Damit ist das Referendum gegen das Freihandelsabkommen mit Malaysia zustande gekommen. Am 28. Februar 2027 kommt es zur Volksabstimmung.

Das Referendum ist nötig, weil wirksame Bestimmungen fehlen, die den Import von Produkten aus Zwangsarbeit und aus abgeholzten Tropenwäldern verhindern. Der malaysische Regenwald ist durch die Expansion der Palmölproduktion unter Druck. Gleichzeitig schuften Arbeiter*innen unter prekären Bedingungen auf den Plantagen. Welche drastischen Auswirkungen die Missachtung der Arbeits- und Menschenrechte in Malaysia hat, zeigt unser Interview im September-Magazin.

Mitglieder und Freiwillige von Public Eye haben Unterschriften gesammelt und wesentlich zu diesem Erfolg beigetragen. Danke, dass Sie sich für eine Handelspolitik einsetzen, die sich an den Menschenrechten und der nachhaltigen Entwicklung orientiert! ■

Die Abstimmung kommt näher: Jetzt Fahne nach Hause bestellen.



Agrarprodukte aus Monokulturen und Billig-Poulet

Soll Soja, für dessen Anbau Regenwald abgeholzt wurde, künftig günstiger in die Schweiz gelangen? Und Pouletfleisch aus Brasilien, das aus Zwangsarbeit stammen könnte?

Das neue Freihandelsabkommen mit Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay soll die Schweizer Wirtschaft stärken. Doch wer profitiert davon, und wer trägt die Kosten?

Im Gespräch mit Nico Meier erklärt Landwirtschaftsexpertin Carla Hoinkes warum Public Eye gemeinsam mit einer breiten Allianz das Referendum gegen das Mercosur-Abkommen ergreift. Drohen mit dem Abkommen mehr Importe von Agrarprodukten aus Monokulturen, auf denen Pestizide eingesetzt werden, die in der Schweiz verboten sind? Und wie könnte ein Handelsabkommen aussehen, das Menschenrechte und Umwelt besser schützt? ■

Hier finden Sie unseren Podcast zum Mercosur-Referendum:
peye.link/mercosur





Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dienerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0)44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch
Spendenkonto: IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4

publiceye.ch

Globale Gerechtigkeit beginnt bei uns

Public Eye

publiceye_ch @PublicEye @publiceye.ch @publiceye_ch @publiceye.ch